

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 536

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

<p>Bezugspreis: für längere und auswärtsgehende monatlich Mk. 1,66, einjährlich Mk. 22,00, halbjährlich Mk. 12,00, vierteljährlich Mk. 6,00, wöchentlich Mk. 0,40. Abnahme nach Vereinbarung. Postgebühren gesondert. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5599 und 5610. — Postfachnummer: Leipzig 20312.</p>	<p>Morgen-Ausgabe Dienstag, 26. Juli</p>	<p>Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit und 10 mm hoch 20 Pf. Die Spalte 30 mm breit und 10 mm hoch 30 Pf. Die Spalte 40 mm breit und 10 mm hoch 40 Pf. Die Spalte 50 mm breit und 10 mm hoch 50 Pf. Die Spalte 60 mm breit und 10 mm hoch 60 Pf. Die Spalte 70 mm breit und 10 mm hoch 70 Pf. Die Spalte 80 mm breit und 10 mm hoch 80 Pf. Die Spalte 90 mm breit und 10 mm hoch 90 Pf. Die Spalte 100 mm breit und 10 mm hoch 1,00. Die Spalte 120 mm breit und 10 mm hoch 1,20. Die Spalte 140 mm breit und 10 mm hoch 1,40. Die Spalte 160 mm breit und 10 mm hoch 1,60. Die Spalte 180 mm breit und 10 mm hoch 1,80. Die Spalte 200 mm breit und 10 mm hoch 2,00. Die Spalte 220 mm breit und 10 mm hoch 2,20. Die Spalte 240 mm breit und 10 mm hoch 2,40. Die Spalte 260 mm breit und 10 mm hoch 2,60. Die Spalte 280 mm breit und 10 mm hoch 2,80. Die Spalte 300 mm breit und 10 mm hoch 3,00. Die Spalte 320 mm breit und 10 mm hoch 3,20. Die Spalte 340 mm breit und 10 mm hoch 3,40. Die Spalte 360 mm breit und 10 mm hoch 3,60. Die Spalte 380 mm breit und 10 mm hoch 3,80. Die Spalte 400 mm breit und 10 mm hoch 4,00. Die Spalte 420 mm breit und 10 mm hoch 4,20. Die Spalte 440 mm breit und 10 mm hoch 4,40. Die Spalte 460 mm breit und 10 mm hoch 4,60. Die Spalte 480 mm breit und 10 mm hoch 4,80. Die Spalte 500 mm breit und 10 mm hoch 5,00. Die Spalte 520 mm breit und 10 mm hoch 5,20. Die Spalte 540 mm breit und 10 mm hoch 5,40. Die Spalte 560 mm breit und 10 mm hoch 5,60. Die Spalte 580 mm breit und 10 mm hoch 5,80. Die Spalte 600 mm breit und 10 mm hoch 6,00. Die Spalte 620 mm breit und 10 mm hoch 6,20. Die Spalte 640 mm breit und 10 mm hoch 6,40. Die Spalte 660 mm breit und 10 mm hoch 6,60. Die Spalte 680 mm breit und 10 mm hoch 6,80. Die Spalte 700 mm breit und 10 mm hoch 7,00. Die Spalte 720 mm breit und 10 mm hoch 7,20. Die Spalte 740 mm breit und 10 mm hoch 7,40. Die Spalte 760 mm breit und 10 mm hoch 7,60. Die Spalte 780 mm breit und 10 mm hoch 7,80. Die Spalte 800 mm breit und 10 mm hoch 8,00. Die Spalte 820 mm breit und 10 mm hoch 8,20. Die Spalte 840 mm breit und 10 mm hoch 8,40. Die Spalte 860 mm breit und 10 mm hoch 8,60. Die Spalte 880 mm breit und 10 mm hoch 8,80. Die Spalte 900 mm breit und 10 mm hoch 9,00. Die Spalte 920 mm breit und 10 mm hoch 9,20. Die Spalte 940 mm breit und 10 mm hoch 9,40. Die Spalte 960 mm breit und 10 mm hoch 9,60. Die Spalte 980 mm breit und 10 mm hoch 9,80. Die Spalte 1000 mm breit und 10 mm hoch 10,00.</p>
--	--	--

„Besetzung des Ruhrgebietes“

Das Schreckmittel soll gefügig machen Französische Wut

Ein Artikel von Bertin im „Echo de Paris“ führt folgendes aus: Lloyd George und seine Kollegen erklären die französische Initiative, Truppen nach Ober-Sachsen zu entsenden, für eine formelle Ablehnung der Alliierten, und für eine Rückkehr Frankreichs zur Politik von Bonaparte. Dies hat M. Wilsons Überzeugung am Sonntagabend dem Generaldirektor des Auswärtigen Amtes erklärt. Man erfenne sofort, was auf dem Spiele liege: Entweder hält sich Frankreich an die Beschlüsse, die es gefaßt hat und wird von der Forderung bedroht, oder es gibt nach und setzt sich durch die Niederlage, die es erleidet, der Gefahr aus, bei der Besetzung der ober-sächsischen Zone in Nachteil zu geraten. Infolgedessen mußte eine mittlere Linie gesucht werden. Frankreich würde auf die Sachverständigen-Kommission verzichten, weil es sich bei dieser nur um eine Methode der Erörterung handelt. In dem Gedanken derer, die die Einsetzung einer solchen Kommission empfahlen, sollte ihr Sinnzweck darin bestehen, einen etwaigen englisch-französischen Konflikt in der ober-sächsischen Frage autorisativ und sich über die Grundfragen der ober-sächsischen Angelegenheit selbst auszusprechen.

Neut aber bestrehe dieser Konflikt über die ober-sächsischen Frage, er ist offensichtlich. Dennoch könnte man ruhig jetzt auf die Sitzung des Obersten Rates zurückkommen, der sich um die Warte der nächsten Woche versammeln könnte. Aber Frankreich knüpft an die Annahme des Zusammentritts des Obersten Rates eine ausdrückliche Bedingung, daß sich England und Frankreich entschließen, von der deutschen Regierung den raschen Transport einer französischen Division nach Ober-Sachsen zu verlangen. Dies müßte in dem Augenblick in ihren Kammern sein, in dem sich der Oberste Rat in London oder Paris versammelt. Anders England den Forderungen nachzugeben, würde eine gewisse Entschiedenheit zeigen. „Warum erwidert“, fragt Bertin, „England die Ablehnung von Verstärkungen eine so bezeichnende Sache? Weil England Deutschland die Gesamtheit des Industriegebietes zuteilen will, und deshalb annimmt, daß in diesem strittigen Gebiete die Deutschen die Verteidiger des Willens der Mächte gegen die Polen wären. Der französische Vorschlag geht aber darauf, daß das ganze Industriegebiet oder der größere Teil desselben den Polen zufalle und infolgedessen zahlreiche Alliierte Soldaten an Ort und Stelle sein müßten.“ Bertin glaubt, daß man heute Englands Antwort kennen werde. Er hofft, daß der Ministerpräsident in dem Fall, daß England nicht nachgeben würde, entschlossen sein werde, um Berlin zur Nachgiebigkeit zu bringen, an die Vorfälle der Ruhr zu klopfen. Es handle sich darum, eine der wichtigsten Grundfragen der französischen Politik zu verteidigen. Es handle sich um die zukünftige Sicherheit Frankreichs, das seine Verhandlungen auflassen könnte. Frankreich habe der Allianz bereits alle möglichen Opfer zugegeben.

Auch der „Matin“ ist der Ansicht, daß England nur deshalb hartnäckig die Ablehnung von Truppen nach Ober-Sachsen verweigere, weil es Deutschland in der ober-sächsischen Frage eine günstige Lösung vorziehen möchte, die man heute Englands Antwort kennen werde. Er hofft, daß der Ministerpräsident in dem Fall, daß England nicht nachgeben würde, entschlossen sein werde, um Berlin zur Nachgiebigkeit zu bringen, an die Vorfälle der Ruhr zu klopfen. Es handle sich darum, eine der wichtigsten Grundfragen der französischen Politik zu verteidigen. Es handle sich um die zukünftige Sicherheit Frankreichs, das seine Verhandlungen auflassen könnte. Frankreich habe der Allianz bereits alle möglichen Opfer zugegeben.

Dorbereitungen zu einem neuen Zinkspützig?

Berlin, 25. Juli. In Düsseldorf, Köln, Breslau, Bielefeld, wie in anderen Orten, werden die in ihren Anlagen, die durch die deutsche Besatzungsmacht Material beschlagnahmt wurden, die in den nächsten Monaten ein neues Zinkspützig erhalten sei, und zwar mit französischer Unterstützung an Geld und Maschinen. Ein Mann, der sich als Gold- und Silberverarbeiter aus Düsseldorf ausgibt, hat in Breslau nach seiner Besetzung in seinem Geschäftsbüro offen zum Ausdruck gebracht, daß er zwar nun unheimlich arm sei, daß aber an seiner Stelle ein französischer Arbeiter seine Ideen weiter verarbeiten werde. „Frankreich hilft uns“, in Deutschland mit Geld und mit Maschinen, die wir brauchen, um unsere Fabriken zu verbessem. Auf mehrere Fragen, warum Frankreich aber auch nur französische Kreise ein Interesse an der Ausbreitung des Zinks in Deutschland haben sollten, antwortete er, Frankreich habe ein sehr großes Interesse daran, eine neue Erfindung in Deutschland herbeizuführen, der der Beschäftigung Frankreichs in der ober-sächsischen Zone und, ebenfalls gefolgt sei, die in der Provinz sehr an Macht gewonnen habe. Diese zu bekämpfen und zu hemmen, darum sei französisches Interesse. Der Dorn der neuen Organisation für einen neuen Zinkspützig befindet sich im Besonderen in der Hand. Die Vorbereitungen werden sehr eifrig betrieben.

Diese energische Sprache zweier führender Blätter scheint anzuzeigen, daß Frankreich bis zum Neuesten dessen gegangene sei, was es England an Forderungen bieten konnte, und daß es entschlossen sei, falls England diese Zustimmung nicht gebe, in der Entsendung von Truppen auf eigene Faust vorzugehen und diese Truppen nach Ober-Sachsen zu schicken, wenn Deutschland der Forderung zustimme, oder, falls Frankreich diese Zustimmung nicht erhalte, die Ruhr zu besetzen. Welche Folgerungen England aus diesem selbständigen Vorgehen Frankreichs zöge, bleibt natürlich noch abzuwarten.

Die englische Regierung bleibt fest?

London, 25. Juli. Der parlamentarische Korrespondent der „Daily Express“ will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der britischen Regierung an Frankreich bezüglich Ober-Sachsens unterweges sei. Die englische Regierung bleibe bei ihrem ursprünglichen Standpunkt. Großbritannien werde verbleiben in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lloyd George sei bereit, nach Paris zu kommen. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß die Gefahr in Ober-Sachsen überhöht sei. Geheft aber, Frankreichs Bestreben seien beschränkt, bei dem Recht der Besetzung der Ruhr zu bestehen durch eine gemeinsame Aktion durch den Obersten Rat befestigt werden würde. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, bis jetzt ist keine Entscheidung bezüglich der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen worden. Inzwischen hat Deutschland die französische Forderung beantwortet und erklärt, daß das Recht der Besetzung der Ruhr nur angeht, wenn eine allgemeine Erklärung der Hauptmächte, die mit der Ausführung der Ober-sächsischen betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages betraut sind, vorliegt. Diese Behauptung, so behauptet es die „Daily Chronicle“, ist, wie sie vorzutragen, erscheint, aus juristischen Gründen als falsch. Weder Großbritannien noch Italien sind bereit, mehr Truppen nach Ober-Sachsen zu senden. Gleichwohl haben beide — wie wir glauben — den besten Wunsch, daß Frankreich es tue. Was in letzterer Beziehung ihre Einwendungen nicht grundsätzlich. Sie glauben, daß sie beiseite gestellt werden müßten, wenn Frankreich sich bereit zeige, vernünftige Zugeständnisse an die Ansicht seiner Alliierten zu machen und die Zusammenkunft des Obersten Rates zu beschleunigen. Wie sind nicht geneigt zu glauben, daß tatsächlich, wie die Berichte melden, ein französisch-politisches Geheimabkommen abgeschlossen sei, oder wie sich sicher, daß wenn der Oberste Rat nicht binnen kurzem zusammentritt, die Verzögerungen immer größer werden und vielleicht der Gefahr eines lebensgefährlichen Stillschreitens einleiten werden.

Ein Leitartikel der „Sunday Times“ heißt es, die vom Quai d'Orsay inspirierten Blätter klagen die Deutschen der Willkür an. Aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Woher seien die Polen die Angefeindeten gewesen. Es wäre selbsterleuchtend, wenn sie einen Aufbruch hervorgerufen und sich dadurch ihres Rechtes auf eine gerechte Lösung der ober-sächsischen Probleme berauben wollten, wiewohl von Frankreich gewünscht worden zu einem Einmütigen im Ruhrgebiet geben würden. Ungleichmäßigkeiten hätten die Franzosen bei den Verträge der Polen, ein fait accompli zu schaffen, nicht angenommen, um den Aufbruch zu unterbinden, sondern die Angreifer Hilfeleistung ermutigt. Es sei deshalb nicht unwahrscheinlich, daß nur französische Verstärkungen (Großbritannien könne keine schicken und Italien werde nur abgewartet lassen), daß seine Maßnahmen wieder abgelehnt würden, dazu dienen würden, die politischen Beziehungen zu neuen Verträgen zu ermutigen.

Oberster Rat am 4. August?

Paris, 25. Juli. Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel, die französische Regierung sei damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentreffe, um die ober-sächsischen Frage zu prüfen.

Zur Erweiterung der Versicherungsverpflichtung in der Angestelltenversicherung

Von Generalagent Alfred Scholz, Halle.
Am 4. und 6. d. M. hat der Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über den Erweiterung des Versicherungsverpflichtung für Angestellte in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Durch werden alle Privatangestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 30 000 M. versicherungspflichtig.
Bekanntlich stand man unmittelbar vor Beginn der Ferien, und es ist interessant, wie glücklich unsere Volkvertreter sich ihrer Pflicht entledigten.
Auf Antrag der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Partei und der Deutschen Volkspartei wurden einfach die bestehenden Bestimmungen dadurch in ein neues Gesetz verpackt, daß im § 1 Absatz 3 des Versicherungsverpflichtung für Angestellte die Worte „fünfhundert Mark“ durch „dreißigtausend Mark“ ersetzt wurden, und daß man in den §§ 166 und 172 drei neue Gebaltsklassen hinzugefügt. Diese Bestimmungen treten nun vom 1. August 1921 ab in Kraft.

Die beteiligten Kreise wird es lebhaft interessieren, zu erfahren, ob eine Vertiefung der Versicherungspflichtigen durch eine Lebensversicherung möglich ist oder nicht. Diese Frage besonders zu erörtern, müßte eigentlich überflüssig sein, denn bisher ist es immer zu gewesen, daß diejenigen, die neu versicherungspflichtig werden, in einer, allerdings stets für bessere Zeiten wählen konnten, ob sie des Gegens der Angestelltenversicherung teilhaftig werden wollten, oder ob sie für die verbindlich zu entrichtenden Beiträge eine Lebensversicherung vortzogen.

Ueber diese für alle Privatangestellten mit einem Jahreseinkommen von 15 000—30 000 M. sehr wichtige Frage berührt aber zurzeit methodisch keine Klarheit. Stillschreit liegt es daran, daß der Reichstag das neue Gesetz besonders zu erörtern, müßte eigentlich überflüssig sein, denn bisher ist es immer zu gewesen, daß diejenigen, die neu versicherungspflichtig werden, in einer, allerdings stets für bessere Zeiten wählen konnten, ob sie des Gegens der Angestelltenversicherung teilhaftig werden wollten, oder ob sie für die verbindlich zu entrichtenden Beiträge eine Lebensversicherung vortzogen.

Einen begehrenden Standpunkt in dieser Frage nimmt der Reichstag des Reiches. Die Übertragung des Sozialen Versicherungsbeitrages in Nr. 231 der „Sächsischen Zeitung“, Herr Dr. Wobesener, ein. Er sagt darin, daß einzig Guts an diesen Stellen und seinen neuen Abänderungsvorschlägen lie, daß es wiederum einen Paragraphen enthalte, der vortreibe, daß solche Versicherungsverpflichtung, die eine ihrem Beiträge entsprechende Lebensversicherung abgeschlossen haben, von der Zwangsversicherung befreit werden können. Weiter wird er dann jedem Privatangestellten, der in der höchsten Klasse (15 000 bis 30 000 M.) versicherungspflichtig ist, eine Lebensversicherung mit einem entsprechenden Jahresbeitrag von 600 M. abzuschießen, um der Sozialen Zwangsversicherung zu entgehen.

Einen weiteren interessanten Beitrag zu dieser Frage liefert die „Vericherungs-Voll“ in ihrer Nummer vom 18. Juli. Sie teilt mit, daß gegen die Gesetzesvorlage besonders von der IFA (Reichsverband der Angestellten) Sturm gelaufen wurde, und daß die Zeitung des Reichsverbandes der Angestellten folgendes dazu schreibt:

„Gegenüber dieser wohlwolligen Beitrags-erhöhung ist die vorgezeichnete Rentenerhöhung lächerlich gering. Das Ruhegehalt soll in Zukunft für alle Gebaltsklassen aus einem gleichen Grundbeitrag von 360 M. jährlich, also monatlich 30 M., bestehen. Dazu kommen Zinsenbeiträge für jeden erwerbsfähigen vollen Monatsbeitrag, die in Gebaltsklasse I 1,50 M., freunds bis 15 M., pro Jahr in Gebaltsklasse IX betragen. Als Zuerungszuschuß soll bis zum 31. Dezember 1921 monatlich 50 M. gewährt werden.“
Man mag sich das an einem Beispiel klar:
Ein Angestellter in der höchsten Klasse IX wird nach abmündigjähriger Beitragszahlung berufsunfähig. Er hat 240 Monatsbeiträge je 49,20 M. (nämlich die Hälfte von 98,40 M.) bezahlt, also 11 808 M. Unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 5 Prozent macht das mit Zins und Zinseszinsen in den 20 Jahren über 20 000 M. an eigenen Beiträgen. Mit den Beiträgen des Unternehmers hat die Angestelltenversicherung also das Doppelte erhalten. Der arbeitunfähige Angestellte erhält nun jährlich 360 M. Grundbeitrag, 3600 M. Zuerungszuschuß, 600 M. Zins, zumauschlagend insgesamt 4560 M. jährlich, was monatlich

Volkswirtschaft

Wohlstandserwartung und Vermögensverlust... Die Volkswirtschaft ist in den letzten Jahren...

Wider u. Co., Metallwaren und Eisenwaren... Die Aktien werden nunmehr...

Anlage an Hindenburg... Die Aktien werden nunmehr...

Befreiung von Vorschriften beim Aktienverkauf... Durch eine demnächst ergehende...

Schiffverleiher auf der See... Die Aktien werden nunmehr...

Berliner Eisenberichte

Stetigzunehmendes... Berlin, den 25. Juli. War auch die Anknüpfung der...

Produktenpreise... Berlin, den 25. Juli. Auch heute war die Haltung am Getreidemarkt...

Table with 2 columns: Product Name (e.g., Weizen, Roggen) and Price/Status (e.g., 350-380, prompt).

Berliner Metallnotierungen

Table with 2 columns: Metal Name (e.g., Zinn, Kupfer) and Price (e.g., 1770/1790, 895-915).

Devisen-Notierungen

Table with 2 columns: Location (e.g., Amsterdam, London) and Exchange Rate (e.g., 847/8 3/4, 281/20).

Leipziger Notierungen

Table with 2 columns: Company Name (e.g., Chemnitz Bank, Leipzig Hypothek) and Price (e.g., 147 1/2, 400).

Berliner Börse vom 25. Juli 1921.

Main market data table with multiple columns for various stock categories: Festverzinsl. Wertpapiere, Staatsanleihen, Deutsche Eisen-Akt., Schiffbauakt., and others, listing prices and changes.